

An den
 Vorsitzenden des Ausschusses
 für Gesundheit
 Herrn Michael Paetzold

Herrn
 Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 11.03.2010

AN/0526/2010

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Gesundheitsausschuss	16.03.2010

Angebot der Kinder- und Jugendpsychiatrie

Sehr geehrter Herr Paetzold,
 sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 16.03.2010 zu setzen:

Anfang Februar diesen Jahres wurde in der Presse mehrfach über die schwierige Versorgungssituation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie berichtet. Danach stehen dem gestiegenen Bedarf nicht genügend Beratungsmöglichkeiten und Plätze zur Verfügung, was mitunter zu mehrmonatigen Wartezeiten auf Therapieangebote führt. Insbesondere der erhebliche Anstieg von Notfällen bindet die vorhandenen Kapazitäten, so dass kaum Ressourcen für längerfristige Behandlungen übrig bleiben. Folge der aus der Situation resultierenden Wartezeiten sind dann mitunter erneute akute Erkrankungen oder gar lebensbedrohliche Zustände der Kinder und Jugendlichen.

Es gibt bereits erste Maßnahmen zur Eindämmung des geschilderten „Drehtüreffektes“:

So hat das Gesundheitsamt den stetigen Anstieg psychischer Störungen im Kindes- und Jugendalter zum Anlass genommen, mit dem Schuljahr 2009/2010 eine kinder- und jugendpsychiatrische Beratungsstelle einzurichten. Diese Einrichtung ist als Projekt jedoch zunächst bis zum 30. Juni 2010 befristet. Auch werden mit Hilfe der Diakonie Michaelshoven und der Evangelischen Jugendhilfe Godesheim voraussichtlich bis Ende 2010 weitere Plätze für eine vorübergehende Betreuung behandlungsbedürftiger Jugendlichen geschaffen.

Dennoch besteht - aus Sicht einer verantwortungsvollen Gesundheitspolitik - vor dem Hintergrund des geschilderten Anstiegs und der erheblichen Bindung vorhandener Kapazitäten durch Notfallmaßnahmen ein erheblicher Bedarf an Aufklärung und ständiger Bewertung der Situation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Vor dem geschilderten Hintergrund bittet die CDU-Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Ursachen liegen nach Ansicht der Verwaltung dem erheblichen Anstieg der Zahl von Kindern und Jugendlichen, die psychiatrische Hilfe benötigen zu Grunde?
2. Wie schätzt die Verwaltung den aktuellen Bedarf und dessen Entwicklung in den nächsten fünf bis zehn Jahren für ambulante und stationäre Angebote in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ein?
3. Welche alternativen Angebote zur Krisenintervention - insbesondere außerhalb der Öffnungszeiten der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle des Gesundheitsamtes – können die Angebotssituation optimieren?
4. Durch welche weiteren Maßnahmen lässt sich die Versorgungssituation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie verbessern? Und wie kann sichergestellt werden, dass auch zukünftig eine bedarfsgerechte Anpassung erfolgt?
5. Wie können nach den bisherigen Erfahrungen auch Optionen der regionalen Kooperation verbessert bzw. zur Bedarfsdeckung herangezogen werden?

Die Beantwortung der Anfrage soll auch dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz
Fraktionsgeschäftsführer